

Weihnachtsnewsletter 2024

Heike Baehrens — für die SPD im Bundestag



Liebe Leserinnen und Leser,

Weihnachten, das ist nicht nur eine Zeit der Besinnlichkeit, sondern auch der Besinnung. Besonders die Tage zwischen den Jahren nutzen viele von uns, um das vergangene Jahr zu überdenken und neue Ziele für das kommende zu setzen.

Einen Neuanfang wird es auch für den Deutschen Bundestag geben. Mit der Vertrauensfrage hat Olaf Scholz in dieser Woche den Weg zur vorgezogenen Wahl im Februar frei gemacht. Um es klar zu sagen: Wir vertrauen Olaf Scholz. Die gesamte SPD-Bundestagsfraktion steht hinter ihm und ich bin überzeugt, dass er der Richtige ist, unser Land in eine gute Zukunft zu führen. Es war unvermeidlich, das Bündnis mit der FDP zu beenden, denn sie hat die Regierung durch ihr monatelanges Taktieren zunehmend blockiert. Und doch bin ich sehr enttäuscht, dass nun viele bereits vorbereitete Gesetzesvorhaben nicht mehr zum Abschluss gebracht werden können. Das betrifft in der Gesundheitspolitik beispielsweise die dringend benötigte Stärkung der ambulanten Versorgung und der Hausärzte. Auch wollten wir noch die Kompetenzen der Pflegekräfte stärken und die bundeseinheitliche Pflegeassistentenausbildung einführen – wichtige Maßnahmen, um den Pflegeberuf noch vielseitiger und attraktiver zu machen. Als SPD werden wir darauf auch nach der Wahl mit Nachdruck hinarbeiten.

Immerhin ist es gelungen, andere wichtige Maßnahmen noch auf die Schiene zu setzen. So haben wir das Bundesverfassungsgericht im Grundgesetz abgesichert und Entlastungsmaßnahmen für Beschäftigte und Familien beschlossen (mehr dazu auf den nächsten Seiten). Und es bleibt unser Ziel, wichtige Wachstumsimpulse für die Wirtschaft und zur Sicherung von Arbeitsplätzen noch vor der

Wahl zu beschließen. Doch die CDU/CSU scheint nicht bereit, sich zu beteiligen, obwohl die Sorgen der Unternehmen und Beschäftigten groß sind. Ich hoffe, sie besinnen sich noch – vielleicht ja über die Weihnachtspause.

Die Vertrauensfrage an das Parlament mag ein formaler Schritt gewesen sein; die persönliche Vertrauensfrage, die Olaf Scholz am Montag direkt an die Wählerinnen und Wähler gerichtet hat, war indes ein klares Signal: Soll Deutschland in einer neuen fortschrittlichen Koalition weiter Richtung Zukunft gehen oder wollen die Bürgerinnen und Bürger den Rückschritt mit strikten Sparvorgaben, die auf Kosten des Zusammenhalts in unserem Land gehen? Diese Entscheidung ist so grundlegend, dass sie nur von den Wählerinnen und Wählern selbst getroffen werden sollte. Und so haben wir alle nun zu entscheiden, wie Deutschland in den kommenden vier Jahren regiert wird.

Ich bin mir sicher: Mit unserem erfahrenen Kanzler Olaf Scholz ist ein neuer Anfang in einer stabilen, progressiven Koalition möglich, ja wünschenswert für Deutschland.

Lasst uns die Weihnachtstage und den Jahreswechsel nutzen und in besinnlicher Runde Kraft sammeln, damit wir die vor uns liegenden Herausforderungen gemeinsam mit Mut und Zuversicht meistern können.

Ihre/Eure

Heike Baehrens



Das Bundesverfassungsgericht vor Demokratiefeinden schützen

Wo autokratische und antidemokratische Regierungen an die Macht kommen, wird der Rechtsstaat oft das erste Opfer. Entwicklungen wie in Polen und Ungarn zeigen uns, wie schnell Gerichte gezielt arbeitsunfähig gemacht oder mit Gefolgsleuten besetzt werden. So hat die damalige PiS-Regierung in Polen 2018 das Höchstalter von Richterinnen und Richtern nachträglich gesenkt, um unliebsame Personen aus dem Amt zu entfernen. Solche Eingriffe schwächen die Demokratie und untergraben das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat. Das gilt es, in unserem Land dauerhaft zu verhindern.

Eine breite demokratische Mehrheit von SPD, Union, Grünen, FDP und dem SSW-Abgeordneten Stefan Seidler hat diese Woche einen Gesetzentwurf beschlossen, mit dem wir das Bundesverfassungsgericht durch seine Verankerung im Grundgesetz vor solcher Einflussnahme schützen. Damit sorgen wir dafür, dass es unter keinen politischen Umständen in seiner Unabhängigkeit beeinträchtigt werden kann. Was bisher nur in einfachen Gesetzen festgeschrieben war, kann nun noch mit Zweidrittel-Mehrheit verändert werden. Bei den nun im Grundgesetz abgesicherten Grundstrukturen handelt es sich konkret um die Amtszeit (12 Jahre) und die Altersgrenze der Richter (68 Jahre), die Zahl der Richter (16), die Zahl der Senate (2) und den Ausschluss der Wiederwahl nach 12 Amtsjahren. Zudem wird die Fortführung der Amts-

geschäfte bis zur Wahl einer Nachfolge garantiert, die Bindungswirkung der Entscheidungen festgeschrieben und die Geschäftsordnungsautonomie des Gerichts gesichert, um Einflussnahmen auf Arbeits- und Entscheidungsprozesse zu verhindern. Darüber hinaus wird eine sogenannte Öffnungsklausel ins Grundgesetz aufgenommen, die greift, wenn es in einem der beiden Wahlgremien – Bundestag oder Bundesrat – keine Mehrheit für eine Kandidatin oder einen Kandidaten gibt. In solchen Fällen kann das jeweils andere Gremium die Wahl übernehmen, wodurch Blockaden vermieden werden.

Die von uns beschlossenen Änderungen schaffen eine stabile Grundlage, um solche Angriffe erfolgreich abzuwehren. Sie verhindern, dass etwa durch Änderungen der Altersgrenze oder die Schaffung neuer Senate kurzfristig Richterstellen geschaffen werden, die mit regierungsnahen Personen besetzt werden können.

Die Einigkeit der demokratischen Fraktionen im Deutschen Bundestag bei dieser Grundgesetzänderung zeigt: Deutschland lässt keine Angriffe auf seine Justiz zu. Der Rechtsstaat ist der Garant unserer Demokratie. In Zeiten, in denen Freiheit und Rechtsstaatlichkeit auch bei uns im Land zunehmend infrage gestellt werden, handeln wir entschlossen, um die Grundlagen unserer Demokratie zu schützen – heute und in Zukunft.

Albaufstieg kommt!

Kein anderes Projekt hat mich über drei Legislaturperioden hinweg so intensiv begleitet wie der Albaufstieg. Der hartnäckige gemeinsame Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern, Land, Kommunen und Abgeordneten hat sich gelohnt: Seit dieser Woche steht fest, dass der Ausbau der Bundesautobahn 8 endlich voran gehen kann. Der Bund stellt 900 Millionen Euro zur Verfügung, um dieses Nadelöhr auszubauen. Das ist nicht nur eine gute Nachricht für die staugeplagten Anwohnerinnen und Anwohner im Oberen Filstal, sondern der entscheidende Schritt, um das bedeutendste Straßenbauprojekt in Süddeutschland abzuschließen.



Entlastungen für Beschäftigte, Familien und Pendler:innen

Die Lebenshaltungskosten sind in den letzten Jahren spürbar gestiegen. Das liegt vor allem an den höheren Energiepreisen und Rohstoffkosten, aber auch an Lieferkettenproblemen und der Inflation. Zusätzlich haben globale Krisen die Preise für Lebensmittel und Energie weiter in die Höhe getrieben.

Gemeinsam mit den Fraktionen von Grünen und FDP haben wir uns in dieser Woche auf ein Entlastungspaket geeinigt, das bereits ab Januar 2025 Familien und Beschäftigte entlasten soll. Wir erhöhen nicht nur die steuerlichen Freibeträge, sondern auch das Kindergeld und den Kinderzuschlag. Ich bin froh, dass uns das noch vor Jahresende gelungen ist.

Der steuerliche Grundfreibetrag steigt 2025 auf 12.096 Euro und im Jahr darauf auf 12.348 Euro. Auch die steuerlichen Kinderfreibeträge werden weiter angehoben: 2025 auf 9.600 Euro und ab 2026 auf 9.756 Euro. Das bedeutet, dass mehr Einkommen steuerfrei bleibt.

Das Kindergeld steigt um fünf Euro auf 255 Euro pro Kind und Monat und 2026 um weitere vier Euro. Auch der Kinderzuschlag, den von Armut betroffene Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erhalten, steigt 2025 um fünf Euro auf 25 Euro monatlich. Diese Entlastungen werden besonders Familien mit geringeren Einkommen spürbar zugutekommen.

Außerdem mildern wir die Folgen der Kalten Progression ab, indem wir die Eckwerte des Einkommensteuertarifs 2025 um 2,6 Prozent und 2026 um weitere zwei Prozent verschieben. Dieser Beschluss hat bereits gedrängt. Der Bundestag muss regelmäßig Steuersätze und Freibeträge anpassen, um zu verhindern, dass die Bürgerinnen und Bürger beispielsweise trotz Lohnerhöhung plötzlich weniger Geld zur Verfügung haben. Auch das haben wir geschafft.

In Sachen Deutschlandticket hat sich die CDU nun doch noch bewegt, sodass wir es für ein weiteres Jahr absichern können. Auch das Deutschlandticket entlastet Millionen von Menschen, die das Ticket täglich zum Beispiel für den Weg zur Arbeit nutzen. Gut 13 Millionen Nutzerinnen und Nutzer können nun weiterhin günstig öffentliche Verkehrsmittel nutzen.

So einige Schäfchen konnten wir also vor der Weihnachtspause noch ins Trockene bringen. In den Verhandlungen mit den anderen Fraktionen in den vergangenen Wochen haben wir uns außerdem dafür stark gemacht, Maßnahmen aus der Wachstumsinitiative zur Förderung der Wirtschaft umzusetzen. Dazu zählen die Förderung der E-Mobilität, eine verbesserte Forschungsförderung und auch bessere Abschreibungsregelungen. Leider haben hier weder FDP noch CDU/CSU mitgezogen. Bis zum Schluss werden wir versuchen, noch weitere Maßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen – wir lassen nicht nach!



Anmeldung
07161/ 9883546
heike.baehrens.wk
@bundestag.de

Bürgersprechstunde
am 21.1., 16-18 Uhr, Bürgerbüro Göppingen

Heike Baehrens, MdB

Unterwegs im Landkreis



Herzlichen Glückwunsch an Franziska Blessing zum furiosen Wahlergebnis bei der Nominierungskonferenz und auch bei der Aufstellung der Landesliste.

Rot-grüne Frauenpower auf dem Süßener Weihnachtsmarkt: Schmalzbrote und Punsch für den guten Zweck.



Beim bundesweiten Vorlesetag habe ich die Kinder der Kita Eichertwald in Göppingen mit der fantasievollen Buchrolle „Die Höhle“ überrascht. Die abenteuerliche Geschichte von Eva Liedauer und Lisa Sontheim wird hoffentlich noch viele Kita-Kinder und ihre ErzieherInnen in den Bann ziehen.





Heike Baehrens und Team wünschen

Frohe Weihnachten



Termine

Sonntag, 5. Januar

18:30 Uhr

TurnGala „Colours of Light“
EWS-Arena Göppingen

Mittwoch, 8. Januar

19:00 Uhr

Stammtisch des Ortsvereins Göppingen
Wiener Kaffeehaus Gutmann, Göppingen

Freitag, 10. Januar

10:00 Uhr

Einweihung Kurzzeitpflegeeinrichtung
Gesundheitszentrum Geislingen

Samstag, 11. Oktober

Bundesparteitag

Berlin

Donnerstag, 16. Januar

15:00 Uhr

Verabschiedung Schulleiterin Annette Kull
der Justus-von-Liebig-Schule
Berufliches Schulzentrum Göppingen

Freitag, 17. Januar

18:00 Uhr

Neujahrsempfang der Stadt Göppingen
Stadthalle Göppingen

Dienstag, 21. Januar

16:00 Uhr

Bürgersprechstunde
Bürgerbüro

Mittwoch, 22. Januar

11:30 Uhr

Vesperkirche
Stadtkirche Göppingen

14:30 Uhr

„Medizinische Behandlungszentren für Erwachsene mit geistiger oder schwerer Mehrfachbehinderung“
Veranstaltung Landratsamt Göppingen

18:00 Uhr

Sitzung Kreisbehindertenring Göppingen
Göppingen-Faurndau

Freitag, 24. Januar

19:30 Uhr

Prunksitzung der Donzdorfer Fasnet
Stadthalle Donzdorf

Samstag, 25. Januar

13:30 Uhr

Podiumsdiskussion „Katastrophen- und Bevölkerungsschutz:
Disaster-Nursing - die Rolle der Pflege im Kriegs- und Katastrophenfall“
Kongress Pflege 2025
Berlin

Bürgerbüro

Roth Carrée Schillerplatz 10

73033 Göppingen

Tel: 07161 / 988 35 46

Fax: 07161 / 504 82 74

heike.baehrens.wk@bundestag.de

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel: 030 / 227 74157

Fax: 030 / 227 70159

heike.baehrens@bundestag.de